

dodis.ch/55390

*Der Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender, an den Staatskanzler der
deutschösterreichischen Republik, K. Renner¹*

Bregenz, 3. Januar 1920

Ich erhielt die offizielle Verständigung über die Ihnen vom Obersten Rate zugekommene Note.² Der Oberste Rat ist, wie Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein wird, in einem Irrtum, wenn er glaubt, die vom Vorarlberger Landtag unternommenen Schritte fallen mit jenen in Tirol und Salzburg sowie in Westungarn zusammen. Bekanntlich ist im Lande Vorarlberg schon seit Herbst 1918 eine starke Bewegung vorhanden³ und hat die Landesversammlung schon im März des Jahres 1919 für das Land das Selbstbestimmungsrecht gefordert⁴ und den am 3./11.1918 vollzogenen Anschluss an Deutschösterreich für provisorisch erklärt, während in Tirol und Salzburg die Forderung sich auf den wirtschaftlichen⁵ Anschluss an Deutschland beschränkt und viel neueren Datum ist, und die Bewegung in Westungarn schon gar nichts mit unserer Bewegung zu schaffen hat.

Aus der Terminologie ist auch zu schliessen, dass Herr Präsident Clemenceau⁶ den Charakter und die rechtliche Stellung der Länder verkennt. Es geht dies aus der Bezeichnung «Provinz» und «Distrikt» hervor.⁷

Ich will es Ihnen, sehr geehrter Herr Staatskanzler, auch nicht verhehlen, dass man in den breitesten Schichten der Bevölkerung sich nicht von der Überzeugung abbringen lässt, dass die österreichische Regierung dafür gesorgt habe, dass die erwünschte Note des Herrn Präsidenten Clemenceau erscheine. Über den Weg, der dabei eingeschlagen wurde, gehen die Meinungen auseinander. Die einen glauben, dass es durch die ausländischen Missionen in Wien, andere, dass es durch den Presseattaché⁸ bei der österreichischen Gesandtschaft in Paris und wieder andere, dass es durch den Kanzler selbst in seiner Privatbesprechung beim Herrn Präsidenten besorgt wurde. Letzteres wurde vom

¹ Schreiben: AT-VLA LH Ender: Anschlussfrage Schweiz (1/1). Verfasst vom Vorarlberger Landeshauptmann, Otto Ender (1875–1960), dodis.ch/P38315, gerichtet an den Staatskanzler der deutschösterreichischen Republik, Karl Renner (1870–1950), dodis.ch/P1424.

² Vgl. Dok. 39, dodis.ch/55388.

³ Vgl. Dok. 1, dodis.ch/55207 und Dok. 5, dodis.ch/55320.

⁴ Vgl. dazu dodis.ch/55538.

⁵ Handschriftlich korrigiert aus: «wissenschaftlichen».

⁶ Georges Clemenceau (1841–1929), dodis.ch/P1253, französischer Ministerpräsident von 1917 bis 1920 und Präsident der Pariser Friedenskonferenz 1919.

⁷ Vgl. Dok. 39, dodis.ch/55388.

⁸ Nicht identifiziert.

Herrn Staatskanzler dementiert.⁹ Das ist daher für den Landesrat kein Gegenstand der Erörterung.¹⁰

Herr Staatskanzler! Sie ersuchen alle Landeshauptleute, ihren Einfluss dahin aufzubieten, dass Bestrebungen und Versuche zur Loslösung der Länder von Österreich unterbleiben, die nach der Lage der Dinge zweifellos von vorneherein zur völligen Unfruchtbarkeit verurteilt wären. Ihr Schreiben ist an alle Landeshauptleute gerichtet und ich kann daher demselben nicht entnehmen, ob sie auch alle diesbezüglichen Bemühungen der Vorarlberger für aussichtslos halten, oder ob diese Bemühungen zu jenen zu zählen sind, denen eventuell ein Erfolg beschieden sein könnte. Aus dem Umstande, dass Herr Kanzler mir seinerzeit in St. Germain zusicherten, nach Friedensschluss könne die Vorarlberger Frage besprochen und verhandelt werden, und aus dem Umstande, dass Herr Kanzler mich verständigten, die Staatsregierung sei bereit, ein von uns auszuarbeitendes Memorandum¹¹ (mit der Begründung unserer Forderung des Selbstbestimmungsrechtes und der darauf gegründeten Forderungen) beim Obersten Rate oder beim Völkerbund zu überreichen und aus dem Umstande, dass diese Bereitwilligkeit Ihrerseits auch nach Entgegennahme der Note des Obersten Rates wiederholt wurde, muss ich schliessen, dass auch Herr Kanzler unserem Lande eine Ausnahmstellung zuzubilligen. Ich kann daher unserem Volke nicht zumuten, dass es jede Hoffnung fahren lasse. Ich kann ihm auch unmöglich in diesem Sinne zureden, weil das Beginnen nutzlos und daher unklug wäre.

In den anderen Ländern mag das das beste sein; sie sind uns durch die Erhebung ihrer von vorneherein aussichtslosen Forderung in den Rücken gefallen und haben der Staatsregierung einen Dienst erwiesen, der den gewünschten Erfolg hatte. Nun kann dort die Aktion natürlich ruhen.

Der Herr Staatssekretär Löwenfeld-Russ¹² hat vor einiger Zeit unseres Staates als den Staat der ungelösten und unlösbaren Probleme bezeichnet. Wenn das ein Staatssekretär sagte – er sprach nach meiner persönlichen Anschauung die Wahrheit – so kann man es dem Vorarlberger Volke nicht verargen, wenn es ähnlich denkt und seine Schicksalsfrage nach wie vor als offen betrachtet.

Darüber, dass wir voll und ganz an der Schaffung des Verfassungswerks mit-helfen wollen, besteht bei uns kein Zweifel. Unser Landtag hat dem Landesrate und der Landesregierung die Weisung gegeben, in der Verwaltung dem Umstande, dass wir vorläufig Österreich angeschlossen sind, voll und ganz Rechnung zu tragen. Landesrat und Landesregierung tun das auch.¹³ Mag die Entwicklung gehen, wie sie will, wir halten es jedenfalls für unsere Pflicht, am Verfassungswerke ernstlich mitzuarbeiten. Man kann nicht wissen, von welchen Folgen für

⁹ *Handschriftlich korrigiert aus:* «Letzteres darf ich und die Landesregierung nicht annehmen, da es vom Herrn Staatskanzler dementiert wird.»

¹⁰ *Handschriftlich ergänzt.*

¹¹ *Vgl. dazu die Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund von 1920, dodis.ch/55246.*

¹² *Johann Löwenfeld-Russ (1873–1940), dodis.ch/P59385, Staatssekretär für Volksernährung im Staat-samt für Volksernährung von 1918 bis 1921.*

¹³ *Folgende maschinenschriftliche Passage wurde nachträglich gestrichen:* «Wir können uns zwar nicht vorstellen, dass Österreich auf die Dauer in der heutigen Form bestehen soll. Es sieht aber niemand in die Zukunft.»

unser Volk der Ausfall des Verfassungswerkes begleitet ist. Die Mitarbeit ist ein selbstverständliches Gebot.

Herr Staatskanzler! Wollen Sie noch eine Mitteilung gestatten. Wir lesen in der Zeitung, dass der Verfassungsentwurf der Staatsregierung oder wesentliche Parteien desselben¹⁴ in Salzburg so öffentlich vorgetragen wurden, dass die Presse über den Inhalt berichten konnte. Es gefällt uns nicht, dass wir den Verfassungsentwurf der Regierung auf diesem Wege zur Kenntnis bekommen. Wenn man denselben schon der Behandlung in der Presse preisgeben wollte, so konnten wir doch den berechtigten Wunsch hegen, dass er zuerst den Landesräten zugestellt werde.

Schliesslich bitte ich um gütige Übersendung des französischen Textes des Schreibens des Herrn Präsidenten Clemenceau.¹⁵

¹⁴ *Handschriftlich ergänzt.*

¹⁵ *Vgl. Dok. 39, dodis.ch/55388.*